



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

19. Sitzung (nicht öffentlich)

19. Juni 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.00 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Fortsetzung der Aktuellen Viertelstunde " Umsetzung der Visumspflicht in den Kommunen Nordrhein-Westfalens" der letzten Sitzung vom 12.06.97 (APr 12/594)**

1

Der Minister berichtet; es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Der Ausschuß bittet das Ministerium, den erstatteten Bericht bis zum Ende des Jahres entsprechend zu ergänzen (siehe S. 2f. des Protokolls).

2 Nachtragshaushaltsgesetz 1997

Drucksache 12/2100

- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

3

Der Ausschuß stimmt dem Entwurf des Nachtragshaushalts - Einzelplan 07 - mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zu.

3 Multikulturelles Seniorenzentrum in Duisburg

- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

13

Dem Bericht des Ministers folgt eine Aussprache.

4 Bisherige Arbeitsergebnisse der "Interministeriellen Arbeitsgruppe Zuwanderung"

Vorlage 12/1369

16

MD Jeromin (MAGS) kündigt weitere umfangreiche Arbeitsergebnisse an.

5 Verschiedenes

- a) **Ausschußreisen (Kommissionen)**

17

Der Ausschuß beschließt einstimmig, zwei Kommissionsreisen nach Israel und Großbritannien zu beantragen.

Seite

b) Bericht über die Situation nach NRW zugewanderter russischer Juden

17

Die CDU-Fraktion beantragt, einen Bericht der Landesregierung über die Situation zugewanderter Juden aus Rußland nach NRW in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen.

MR Münzer macht darauf aufmerksam, daß er in der letzten Sitzung den Auftrag bekommen habe, nach der Sommerpause über Fälle zu berichten, bei denen durch die neu eingeführte Visumpflicht fehlende materielle Voraussetzungen für einen Aufenthalt für Kinder, die sich schon in der Bundesrepublik aufgehalten hätten, festgestellt worden und aufenthaltsbeendende Maßnahmen unumgänglich gewesen seien.

Inzwischen habe er festgestellt, daß diese Zahlen von den Ausländerbehörden nicht gesondert erhoben würden, so daß er alle 84 Ausländerbehörden fragen müßte, welche Fälle in einem bestimmten Zeitraum angefallen seien. Für diese Maßnahme sei der Zeitraum bis nach der Sommerpause zu kurz.

Man müsse auch überlegen, ob diese Zahl unter dem Gesichtspunkt "Auswirkungen der Visumpflicht" wirklich aussagekräftig sei. Denn man müsse davon ausgehen, daß ein großer Teil der Kinder, die hier kein Aufenthaltsrecht hätten, vorzeitig ausreisen, den Behörden also nicht bekannt würden. Ein Teil der Kinder werde versuchen, bis zum Ablauf der Übergangsfrist am 30.06.98 hierzubleiben. Vom materiell-rechtlichen Gesichtspunkt aus ergebe sich keine Besonderheit, da die Ausländerbehörden jetzt keine neuen Maßstäbe zugrunde legten. Es sei allenfalls denkbar, daß diese Kinder bis zum 30.06.98 bei der Ausländerbehörde vorstellig würden und nicht warteten, bis sie 16 Jahre alt seien. Ab dem 16. Lebensjahr hätten sie auch nach altem Recht eine Aufenthaltserlaubnis gebraucht.

MR Münzer bittet darum, den Auftrag zu konkretisieren.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) besteht auf einem solchen Bericht. Der Erlaß des Innenministers müsse ergänzt werden und die Ausländerbehörden auffordern, diese Fälle gesondert zu erfassen. Denn die GRÜNEN befürchteten, daß der vielbeschworene Schutz dieser Kinder sonst in manchen Bereichen verlorengehe.

Die **Vorsitzende** hält fest, daß der Bericht bis Ende dieses Jahres erbeten werde.

2 Nachtragshaushaltsgesetz 1997

Drucksache 12/2100

- Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzende Christiane Bainski trägt vor, daß die Einführung zum Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes am 13. Juni 1997 im Plenum erfolgt sei. Die zweite Lesung solle am 25. Juni, die dritte Lesung am 27. Juni 1997 im Plenum erfolgen. Der Entwurf zum Nachtragshaushaltsgesetz 1997 sei an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse - zur Mitberatung - überwiesen worden.

Für die Beratung des Nachtragshaushaltes sei zwischen den Fraktionen ein Zeitplan aufgestellt worden, der eine Berichterstattung nach Anlage 3 der Geschäftsordnung nicht vorsehe. Aus diesem Grunde seien die zuständigen Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses zu der Sitzung dieses Ausschusses eingeladen worden, aber - wie sie sehe - nicht erschienen. Auf die in Anlage 3 der Geschäftsordnung vorgesehene Berichterstattung sei damit mit Einverständnis aller Fraktionen verzichtet worden.

Minister Dr. Horstmann berichtet:

Der Finanzminister hat in der vergangenen Woche in der Plenardebatte die Hintergründe der Entscheidung der Landesregierung erklärt und aufgezeigt, warum ein Nachtragshaushaltsentwurf vorgelegt wird. Ich erspare es mir, die Hintergründe zu wiederholen, aufgrund derer im Nachtrag nahezu ausschließlich die Veränderungen auftauchen, die erforderlich sind, um die Deckungslücke zu schließen sowie Ansätze zur Abdeckung eines unabweisbaren Finanzbedarfs, um das Notbewilligungsrecht zu vermeiden.

Der Einzelplan 07 ist in den Verantwortungsbereichen, die diesem Ausschuß zufallen, durch keinerlei konkrete Änderungen der Ansätze des Haushalts 1997 betroffen, so daß wir uns sofort der globalen Minderausgabe zuwenden können.

Die globale Minderausgabe ist für den Einzelplan 07 der Kernpunkt des Nachtrags. Von den globalen Minderausgaben in Höhe von 500 Millionen DM, die im gesamten Haushalt neu vorgesehen sind, entfallen etwas mehr als 20 %, also 103,5 Millionen DM, auf den Einzelplan 07. Das ist nicht überraschend, da für die Aufteilung der globalen Minderausgabe auch das Kriterium herangezogen worden ist, wie viele Programmittel in den einzelnen Haushalten zur Verfügung stehen und damit gegebenenfalls auch für Minderausgaben. Insofern sind wir gemeinsam mit dem Haushalt des Wirtschaftsministers und dem der Umweltministerin von der Quantifizierung der globalen Minderausgabe am stärksten betroffen.

Zu bedenken ist bei allen weiteren Überlegungen und Planungen, daß der Einzelplan 07 bereits globale Minderausgaben in Höhe von ca. 180 Millionen DM enthält, so daß wir mit den Festsetzungen des Nachtrags auf globale Minderausgaben im Gesamtumfang von 283,9 Millionen DM kommen.

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, wie diese globale Minderausgabe erwirtschaftet werden kann. Die erste Möglichkeit besteht darin, nach sorgfältiger Prüfung der Haushaltssituation im Einzelplan 07 zu dem Ergebnis zu kommen, daß aufgrund technischer oder systembedingter Minderausgaben bei genügend Haushaltsstellen Haushaltsreste in ausreichender Höhe anfallen, so daß Bewirtschaftungs- und Steuerungsmaßnahmen, um die globale Minderausgabe zu erwirtschaften, nicht erforderlich sind.

Die Alternative dazu besteht darin, daß etwa aufgrund der großen Höhe der globalen Minderausgabe Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen sind. Damit sind entsprechende

politische Entscheidungen verbunden, wo diese globale Minderausgabe gezielt erbracht werden soll.

Die Entscheidung, ob wir im weiteren Verlauf des Jahres mit oder ohne MAGS-interne Bewirtschaftungsmaßnahmen auskommen, müssen wir innerhalb des weiteren Beratungszeitraumes bis zur Wirksamkeit des Nachtragshaushalts treffen. Bis dahin haben wir eine Haushaltssperre, die es ohnehin nicht zuläßt, freie Mittel zu verausgaben.

Die Vergangenheit spricht dafür, daß keine Bewirtschaftungsmaßnahmen nötig sind. Wir haben in den letzten Jahren im Einzelplan 07 jeweils über 300 Millionen DM an Minderausgaben gehabt und würden mit der jetzt geplanten globalen Minderausgabe unter den tatsächlich erreichten Minderausgaben der vergangenen Jahre liegen. Darauf kann ich mich aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verlassen, da auch zu berücksichtigen ist, daß die Haushaltsansätze von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr geringer geworden sind. Die Entscheidung über Bewirtschaftungsmaßnahmen kann ich also derzeit nicht treffen.

Warum entstehen überhaupt Minderausgaben? Man muß berücksichtigen, daß es in der Kameralistik den Veranschlagungsgrundsatz gibt, Beträge in den Haushalt einzustellen, die auf jeden Fall ausreichen, weil Mehrausgaben jenseits des Haushaltsansatzes nur unter den strengen Voraussetzungen des Notbewilligungsrechtes möglich wären. Durch diesen Grundsatz hat sich in den vergangenen Jahren im nachhinein herausgestellt, daß Mittel nicht im zunächst veranschlagten Umfang in Anspruch genommen worden sind.

Ich möchte Ihnen dazu einige Beispiele nennen:

Meine Vorgänger und ich haben in den letzten Jahren enorme Anstrengungen zur Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz unternommen. Die Mittel sind großzügig veranschlagt worden, damit in Nordrhein-Westfalen die Errichtung eines Kindergartens und keiner Kindergartengruppe an fehlenden Mitteln des Landes scheitert. Da die Kommunen zurückhaltender gewesen sind, sind unsere Mittel nicht voll in Anspruch genommen worden. Dies wird auch dieses Jahr so sein, aber genaue Angaben über den Umfang der Minderausgaben sind noch nicht möglich.

Für die Krankenhausförderung veranschlagen wir Anfang des Jahres Mittel, von denen wir annehmen, daß sie im Laufe des Haushaltsjahres tatsächlich verausgabt werden. Der Mittelabfluß richtet sich aber nach dem tatsächlichen Baufortschritt, der manchmal anders als vorausgesehen verläuft. Das hat dazu geführt, daß wir in der Vergangenheit im Krankenhausförderungsprogramm schon einmal Minderausgaben von 160 Millionen DM hatten.

Gesetzliche Verpflichtungen können ebenfalls unter den Anschlägen bleiben. Bei der Betriebskostenförderung der Kindertagesstätten macht eine Einsparung von nur 5 % aufgrund eines Schätzfehlers bereits 75 Millionen DM aus, weil Kindertagesstätten mit 1,5 Milliarden DM den höchsten Haushaltsansatz haben.

Manchmal gibt es bewilligungstechnische Probleme wie etwa bei den EU-Arbeitsmarktprogrammen. Für eine Qualifizierungsmaßnahme werden beispielsweise Mittel für 25 Personen bereitgestellt, und am Ende des Haushaltsjahres stellt sich heraus, daß an dieser Maßnahme nur 22 Personen teilgenommen haben. Dann fließen entsprechend geringere Mittel ab.

Aus technischen Gründen können also aus einer Fülle von Gründen Minderausgaben entstehen. Ob in der benötigten Höhe Minderausgaben entstehen, kann ich für die vergangenen Jahre mit Ja beantworten, für 1997 noch nicht. Das muß sorgfältig geprüft werden.

Im Bereich dieses Ausschusses wird voraussichtlich beim Ansatz zur Förderung der Übergangsheime für Spätaussiedler in Höhe von ca. 150 Millionen DM ein Betrag von etwa 10 Millionen DM nicht benötigt werden.

Ich nehme Ihre Frage vorweg, wo im Einzelplan 07 mit einem Gesamtvolumen von etwa 6,5 Mrd. DM bei einer eventuellen Bewirtschaftung gespart wird. Mittel, die schon gebunden sind, werden in jedem Fall ausgegeben. Alle Mittel, die noch nicht gebunden sind, stehen prinzipiell für eine globale Minderausgabe zur Verfügung. Ich sage Ihnen zu, daß es mein Bestreben sein wird, die notwendigen Minderausgaben aus technischen Minderausgaben aufzubringen. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit sprechen dafür, daß das in hohem Maße möglich sein wird. Zur Zeit bestehen keine politischen Absichten, in Titeln Einschnidungen vorzunehmen, von denen dieser Ausschuß betroffen ist, weil wir eine Entscheidung, ob überhaupt bewirtschaftet wird, noch nicht treffen können.

Oliver Wittke (CDU) ist der Auffassung, daß der Vortrag des Ministers den Eindruck der CDU-Landtagsfraktion von fehlender Haushaltswahrheit und -klarheit auch für den Nachtragshaushalt voll bestätigt habe. Damit die Haushaltsberatungen im Migrationsausschuß nicht zur Farce verkämen, wolle er durch einige Fragen versuchen, Licht in das Dunkel zu bringen, da der Vortrag des Ministers konkrete Antworten schuldig geblieben sei:

Erstens. Der Minister habe ausgeführt, daß im ursprünglichen Haushaltsplan eine globale Minderausgabe von fast 200 Millionen DM vorgesehen gewesen sei, habe aber keine Auskunft darüber gegeben, wo er diese bis heute eingespart habe. Deshalb bitte er den Minister mitzuteilen, bei welchen Titeln die bisherige globale Minderausgabe in Höhe von 180,4 Millionen DM erwirtschaftet worden seien.

Zweitens. Auch im Haushaltsplan 1996 sei von dem "unseriösen Instrument" der globalen Minderausgabe Gebrauch gemacht worden. Die CDU interessiere sich dafür, bei welchen Haushaltstiteln im Zuständigkeitsbereich dieses Ausschusses 1996 Mittel nicht abgeflossen seien und so zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe beigetragen hätten.

Drittens. Der Minister habe ausgeführt, daß die Entscheidung, ob Steuerungsinstrumente notwendig seien oder nicht, noch nicht gefallen sei, aber spätestens bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts getroffen werden müsse. Daraus schließe er - der Redner -, daß der Minister einen Überblick habe, welche Mittel bereits abgeflossen seien und in welchen

Bereichen es feste Zusagen gebe. Er bittet, dem Ausschuß mitzuteilen, wie sich der Mittelabfluß in den für den Ausschuß relevanten Bereichen bisher gestaltet habe. Er habe Verständnis dafür, wenn das heute nicht möglich sei; er schlage den 25.07.97 als spätesten Termin vor.

Viertens. Gestern sei im Verkehrsausschuß bekannt geworden, daß der Finanzminister dem MSKS gestattet habe, von den Möglichkeiten des Einzelplans 20 Gebrauch zu machen, wenn es die auf seinen Haushalt entfallende globale Minderausgabe nicht erwirtschaften könne. Der Redner möchte wissen, ob auch das MAGS eine ähnliche Zusage des Finanzministers erhalten habe.

Dr. Hisham Hammad (GRÜNE) sagt dem Minister die Unterstützung der GRÜNEN zu, da sie davon überzeugt seien, daß die bereits begonnenen Reformvorhaben zur Gleichstellung von Eingewanderten mit der gleichen Intensität fortgesetzt würden.

Vera Dedanwala (SPD) ruft in Erinnerung, daß die seriöse Haushaltsführung des Landesfinanzministers auf den Steuerschätzungen des Bundes beruhe, die offensichtlich falsche Grundlagen für die Aufstellung des Landeshaushaltsplans geliefert hätten.

Im übrigen arbeiteten zur Zeit alle öffentlichen Haushalte in der gesamten Bundesrepublik Deutschland mit dem Instrument der globalen Minderausgabe, also nicht nur Nordrhein-Westfalen. Sie kenne keine Kommune, die in den letzten Jahren nicht mit diesem Instrument agiert habe. Wenn Oliver Wittke dies für unseriös halte, dann hätten alle, die in den letzten Jahren ehrenamtlich in den Kommunen tätig gewesen seien, unseriöse Politik betrieben. In der augenblicklichen Situation dürften sich weder die Regierung noch die Opposition der Hoffnung hingeben, daß es Alternativen zum Sparen gebe. Bei den Kürzungen müsse versucht werden, wichtige Bereiche nur wenig zu treffen und weiterzuführen, aber 500 Millionen DM könnten nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte erbracht werden.

Die SPD unterstütze den Minister und gehe davon aus, daß in dem kleinen Bereich "Migration" nur geringe Mittel gekürzt werden müßten, sei aber bereit, einen Beitrag zur globalen Minderausgabe zu leisten.

Minister Dr. Horstmann antwortet, daß ihm nicht klar sei, was der Abgeordnete Wittke mit der "bisherigen globalen Minderausgabe" meine. Vermutlich frage er, wo die ca. 180 Millionen DM zum Jahresende hätten aufgebracht werden sollen, wenn es dabei geblieben wäre. Zum 30.06.97 würde keine globale Minderausgabe ausgewiesen, da man erst zum Jahresende wisse, was übrig bleibe.

Auf den Einwurf des **Oliver Wittke (CDU)**, ob er sich überraschen lasse, erwidert der **Minister**, daß man die Entwicklung verfolge. Man könne aber nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt definitiv sagen, wie groß der Rest für einen bestimmten Titel sei. Dies sei erst möglich, wenn Bewirtschaftungsmaßnahmen eingeleitet würden, indem intern eine Haushalts-

sperre für den Einzelplan 07 verhängt werde. Er habe deutlich gemacht, daß er das vermeiden wolle. Die ursprüngliche globale Minderausgabe von ca. 180 Millionen DM hätte sein Ministerium mühelos bei den Positionen aufgebracht, die er gerade beispielhaft aus der Vergangenheit genannt habe. Intern seien diese ca. 180 Millionen DM auf die einzelnen Abteilungen verteilt worden, denen die Entscheidung überlassen worden sei, auf welchen Titeln sie die Mittel freihalten wollten.

Die Einsparungen von 1996 habe er nicht im Kopf; ein Mitarbeiter seines Ministeriums könne die Zahlen nachtragen.

Für das MSKS bestehe eine Sondersituation. Es habe schon zum Zeitpunkt des Kabinettsbeschlusses die globale Minderausgabe, die quotal auf seinen Haushalt entfallen wäre, aufgrund bestehender höherer Bindungen nicht mehr erbringen können. Aus diesem Grunde habe sich das Kabinett mit Einverständnis aller Kollegen zu einer Sonderregelung für diesen Einzelplan entschließen müssen.

RD Lauf (MAGS) ergänzt, daß das MAGS im letzten Jahr einen Einnahmeüberschuß in Höhe von 339 Millionen DM ausgewiesen habe, aus dem die globale Minderausgabe erbracht worden sei.

Auf die Frage von **Oliver Wittke (CDU)**, in welchen Titeln die globale Minderausgabe erbracht worden sei, antwortet **RD Lauf**, daß der Finanzminister am Jahresende die globale Minderausgabe insgesamt vom Überschuß abziehe, womit die globale Minderausgabe erbracht sei. Es sei gleichgültig, aus welchen Titeln sie resultiere.

Georg Gregull (CDU) fragt den Minister, ob er zusagen könne, daß von diesem Ausschuß beschlossene Maßnahmen, die aufgrund der Ansätze im Haushaltsplan 1997 eingeleitet seien, in vollem Umfang durchgeführt werden könnten.

Willi Zylajew (CDU) bekräftigt, daß die CDU wissen wolle, bei welchen Positionen die globale Minderausgabe eingespart werden solle. Denn damit werde die politische Gewichtung deutlich, die für den Ausschuß erkennbar sein müsse. Seiner Meinung nach müsse es im Zeitalter der EDV kurzfristig möglich sein, einen Überblick darüber zu geben, in welchen Bereichen bereits Mittel abgeflossen seien und wo Veränderungen vorgesehen seien.

Oliver Wittke (CDU) geht auf die Äußerung von Vera Dedanwala ein. Er nenne es unseriös, wenn in einem Haushaltsplan - im Einzelplan 07 - fast 5 % der Einnahmen über eine globale Minderausgabe gedeckt seien. Dadurch seien Haushaltsklarheit und -wahrheit nicht mehr gegeben. Er kenne keine Kommune und kein anderes Bundesland, die so wirtschafteten.

Der Abgeordnete wiederholt seine Frage, bei welchen Titeln im Zuständigkeitsbereich des Migrationsausschusses ein Teil der globalen Minderausgabe 1996 erwirtschaftet worden sei,

da sie nicht beantwortet worden sei. Spätestens bei der Haushaltsrechnung müßten diese Zahlen sowieso ausgewiesen werden. Da die CDU glaube, daß die Zahlen jetzt schon bekannt seien, wolle sie sie auch erfahren, da daraus Rückschlüsse auf das laufende Jahr gezogen werden könnten.

Außerdem habe er sich für die wenigen Zuständigkeitsbereiche des Migrationsausschusses nach dem Mittelabfluß bis zum heutigen Tage im Haushalt 1997 erkundigt.

Er bittet, diese beiden Fragen bis spätestens 25.06.97 detailliert zu beantworten. Minister Clement habe das für seinen Bereich zum 20.06.97 zugesagt.

Minister Dr. Horstmann empfiehlt dem Abgeordneten Wittke, sich erst zu informieren, ehe er Behauptungen aufstelle, die in der Bewertung falsch seien, da die CDU-Fraktion schon einmal eine globale Minderausgabe von 1 Milliarde DM für den Haushalt Nordrhein-Westfalens gefordert habe.

Selbstverständlich kenne er - Horstmann - den Mittelabfluß. Entscheidend sei jedoch nicht der Mittelabfluß, sondern, in welchem Ausmaß Bindungen von Haushaltsmitteln vorgenommen worden seien. Die Höhe der Bindungen kenne er derzeit nicht. Es sei ein Mangel des Rechnungswesens und des Haushaltscontrollings in Nordrhein-Westfalen, der abgestellt werden müsse - daran werde gearbeitet -, daß man zum Zeitpunkt der Bindung zu wenig über ihr Ausmaß wisse.

Der Minister antwortet dem Abgeordneten Gregull, daß er keine Haushaltstitel des Einzelplans 07 - das betreffe auch von diesem Ausschuß beschlossene Programme - von eventuellen Kürzungen ausschließen könne, weil er noch keine Entscheidung darüber getroffen habe, wie er die globale Minderausgabe erbringe. Die Voraussetzungen für eine solche Entscheidung seien noch nicht gegeben.

Dem Abgeordneten Zylajew antwortet der Minister, daß es nicht Sinn einer globalen Minderausgabe sei, die vorgegebenen Entscheidungen des Parlamentes nachzusteuern oder mit Mitteln des Haushaltsvollzuges zu korrigieren. Vielmehr sei die globale Minderausgabe in ihrem Wesen der Versuch, an allen Stellen des Haushalts Mittel abzugreifen, an denen solche Minderausgaben systembedingt durch das kamerale Haushaltswesen, von dem er eben gesprochen habe, entstünden. Theoretisch könnte zwar eine globale Minderausgabe ein Ausmaß erreichen, bei dem man tatsächlich steuern müßte - das wäre dann die Möglichkeit der Bewirtschaftung -, aber eine globale Minderausgabe sei etwas anderes als eine Kürzung.

Oliver Wittke (CDU) ist der Auffassung, daß seine Fragen noch nicht beantwortet seien und stellt richtig, daß er in seiner ersten Wortmeldung sowohl vom Mittelabfluß als auch von Bindungen gesprochen habe. Er wiederholt, daß der Minister die Zahlen des Mittelabflusses und der Bindungen kenne, wenn er kommende Woche eine Entscheidung treffen müsse, ob er für den Einzelplan 07 Bewirtschaftungsmaßnahmen einleite oder nicht. Dieser Ausschuß sei nur für ganz wenige Titelgruppen zuständig, so daß es nicht zuviel verlangt sei, diese Zahlen zu verlangen, damit in die globale Minderausgabe mehr Klarheit komme.

Der Staatssekretär habe dem Ausschuß eine umfangreiche und detaillierte Liste zur Verfügung gestellt, in welchen Bereichen die Haushaltssperre greife. Diese Liste gebe schon Hinweise darauf, in welchen Bereichen bisher kein Mittelabfluß und keine Bindungen stattgefunden hätten. Wenn beispielsweise das Projekt "Förderung von Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten", unter die Haushaltssperre falle, lasse das den Schluß zu, daß bisher noch keine Mittel abgeflossen und keine Bindungen eingetreten seien. Die CDU wolle wissen, ob dieses Projekt in die Verfügungsmasse falle, aus der die globale Minderausgabe bestritten werden solle.

Aus diesem Grunde bitte die CDU bis zum 25.06.97 um eine Aufstellung über Mittelabflüsse und rechtliche Bindungen. Im übrigen handele es sich dabei keineswegs um ein grundsätzliches systematisches Problem, wie der Minister gerade behauptet habe, sondern um ein MAGS-internes, da es im Wirtschafts- und Verkehrsministerium möglich sei, eine solche Auflistung herauszugeben.

Auch die Frage nach der Zusammensetzung der globalen Minderausgabe 1996 sei vom Minister nicht beantwortet worden. 1996 habe es eine globale Minderausgabe gegeben, die sich aus Einsparungen aus den verschiedensten Haushaltstiteln zusammengesetzt habe. Einige habe der Minister vorhin genannt, jedoch keinen, der in den Zuständigkeitsbereich des Migrationsausschusses falle. Die CDU wolle wissen, welchen Anteil der globalen Minderausgabe 1996 Titelgruppen aus dem Verantwortungsbereich dieses Ausschusses geleistet hätten.

Minister Dr. Horstmann macht klar, daß er die Soll-Ist-Differenz bei den einzelnen Titeln des Haushaltsplans 1996 zur Verfügung stellen könne, da dies zu den Berichterstattungspflichten der Landesregierung gegenüber dem Parlament gehöre. Diese Zahlen habe er nicht parat. Wann und wie das geschehe, hänge ausschließlich von technischen Voraussetzungen ab.

Er müsse jedoch die Frage, zu Lasten welcher Haushaltsstellen die globale Minderausgabe des Jahres 1996 erbracht worden sei, nicht beantworten. Die globale Minderausgabe habe im letzten Jahr etwa 180 Millionen DM betragen. Der Einnahmeüberschuß habe im Einzelplan 07 etwa 300 Millionen DM betragen. Die globale Minderausgabe von 180 Millionen DM stecke also irgendwo in dieser Soll-Ist-Differenz. Er müsse weder gegenüber dem Finanzminister noch gegenüber dem Parlament eine Zuordnung der globalen Minderausgabe zu bestimmten Bereichen vornehmen.

Oliver Wittke (CDU) fragt, ob er die Ausführungen des Ministers richtig verstanden habe, daß der Ausschuß die Zahlen über den Mittelabfluß bis zum 25.06.97 geliefert bekomme.

Nachdem der **Minister** dies verneint hat, sagt **Oliver Wittke (CDU)**, daß der Minister seine Verpflichtung dazu gerade bestätigt habe und die Zahlen jederzeit liefern könne. Er - Wittke - fordere dies jetzt ein. Wenn die Zahlen nicht geliefert würden, komme das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales seines Erachtens seiner Auskunftspflicht gegenüber diesem Ausschuß nicht nach.

Minister Dr. Horstmann macht darauf aufmerksam, daß er ausdrücklich von den Zahlen von 1996 gesprochen habe.

Seines Wissens habe der Ausschuß keinen parlamentarischen Anspruch, zu jedem beliebigen Zeitpunkt über die Mittelabflußentwicklung der einzelnen Titel informiert zu werden. Er mache das Angebot, jetzt konkrete Fragen zu beantworten. Bisher habe der Abgeordnete Wittke eine konkrete Frage zur Selbstorganisation von Migranten gestellt. Es sei richtig, daß diese Mittel im wesentlichen noch nicht abgeflossen und gebunden seien. Er habe allerdings vor, diese Mittel alsbald zu binden.

Willi Zylajew (CDU) ist der Auffassung, daß der Minister im Augenblick nicht von einem "beliebigen Zeitpunkt" sprechen könne. Durch die Haushaltssperre des Finanzministers seien in weiten Bereichen Maßnahmen gefährdet, die die CDU benannt haben. Dies sei einfach darzustellen, wenn man die Mittelabflüsse und -bindungen nenne. Zudem wolle die CDU erfahren, wie die weitere Gestaltung aussehen und was konkret in den Nachtragshaushalt eingebracht werde. Dies seien keine haushaltstechnischen, sondern inhaltliche Fragen, die ihren Niederschlag im Haushalt fänden, und mit denen sich der Ausschuß zu beschäftigen habe.

Der Minister müsse doch Vorstellungen darüber haben, welche Maßnahme bereits liefen, welche Mittel gebunden seien und auf welche Programme verzichtet werden könnte. Denn er müsse doch ebenfalls daran interessiert sein, daß die angelaufenen und zugesagten Projekte weiterliefen und die Mittel dafür auch im Nachtrag zur Verfügung gestellt würden.

Oliver Wittke (CDU) zieht in Erwägung, die einzelnen Haushaltstitel des Einzelplans 07 durchzugehen, weil der Minister nur auf konkrete Fragen antworten wolle. Aber es sei doch einfacher, dem Ausschuß die gewünschten Zahlen über Mittelabflüsse und rechtliche Bindungen vorzulegen, die der Minister sowieso brauche, um über Bewirtschaftungsmaßnahmen zu entscheiden. Er sei ohnehin erstaunt, daß solche Zahlen nicht heute schon vorlägen. Dies lasse Schlüsse über die Arbeitsorganisation im MAGS zu.

Im übrigen behalte sich seine Fraktion vor, mit dem Landtagspräsidenten zu erörtern, welche Verpflichtung die Landesregierung gegenüber Ausschüssen und dem Parlament besitze und welche Informationen sie diesen vorenthalten könne.

Georg Gregull (CDU) kommt auf die Aussage des Ministers zurück, keine Programme von einer etwaigen Gefährdung ausnehmen zu können. Er - der Redner - habe die Projekte "Berufliche Integration von Spätaussiedlern", "Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit" und "Eingliederung von Ausländern" als besonders positiv empfunden. Es müsse doch möglich sein, darüber Auskunft zu geben, ob sie fraglich seien

Minister Dr. Horstmann versichert, daß es bisher keine politische Entscheidung gebe, Projekte anzutasten, da nur Bewirtschaftungsmaßnahmen dies erforderten. Deswegen könne

man zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht davon sprechen, daß Projekte gefährdet seien. Er habe lediglich gesagt, daß er für kein Projekt ausschließen könne, es am Jahresende für die globale Minderausgabe in Anspruch zu nehmen.

Der Minister erläutert dem Abgeordneten Oliver Wittke, daß er keinesfalls etwa 1 700 Haushaltsstellen im einzelnen durchgehen werde, um zu entscheiden, ob bewirtschaftet werden müsse oder nicht. Vielmehr werde er sich einige große Positionen des MAGS-Haushalts, insbesondere im Hinblick auf die Bindung von Mitteln und auf das Nachfrageverhalten der Mittelempfänger näher ansehen. Es gehe also nicht darum, dem Ausschuß eine Information, die ihm selbst zur Verfügung stehe, vorzuenthalten. Eine so detaillierte Information, wie sie sich der Ausschuß vorstelle, könne er sich in der kurzen Zeit, die ihm bis zur Entscheidung zur Verfügung stehe, nicht verschaffen; er halte sie auch nicht für nötig.

MD Jeromin (MAGS) gibt Auskunft über die von Georg Gregull genannten Programmansätze, die auch von der Haushaltssperre betroffen gewesen seien. Die Förderung von Selbstorganisation bei Migranten in Höhe von 650 000 DM, die Eingliederungsmaßnahmen für Spätaussiedler und das Fremdenfeindlichkeitsprogramm in Höhe von 1,2 Millionen DM seien Programmteile kleineren Ausmaßes, die mit allergrößter Sicherheit von Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht betroffen sein würden, da die Summen größtenteils rechtlich gebunden seien und abfließen würden. Das gelte auch für die Titelgruppe 64, Maßnahmen zur Integration von Ausländern, bei der schon im ersten Halbjahr eine hohe Bindung eingetreten sei.

Der Minister habe darauf hingewiesen, daß in einem gesetzlichen Bereich, bei den Kosten der Übergangsheime, mit einem Ansatz von 148 Millionen DM die Erwirtschaftung einer Summe in zweistelliger Millionenhöhe durch Minderbelegung der Heime möglich sei.

Für **Oliver Wittke (CDU)** gibt es einen Widerspruch zwischen der Aussage des Ministers, über Bewirtschaftungsmaßnahmen sei noch nicht entschieden und der von MD Jeromin, kleinere Haushaltstitel würden von Maßnahmen nicht betroffen.

Vera Dedanwala (SPD) weist Oliver Wittke auf Haushaltspositionen hin, bei denen man aus Erfahrung wisse, daß nicht alles verausgabt werde, da solche Einsparmaßnahmen schon etliche Jahre nötig seien. Bei den im Haushalt eingestellten Mitteln für Übergangsheime sei schon jetzt absehbar, daß hohe Summen nicht gebraucht würden. Damit sei es möglich, kleinere Haushaltstitel, die keine Millionenbeträge, sondern nur geringfügige Mittel beanspruchten, unbehelligt zu lassen. Ein Minister handle verantwortlich, wenn er die globale Minderausgabe in einem großen Bereich erwirtschaftete und dafür die vielen kleinen Dinge, die im Lande wichtig seien, nicht beeinträchtigt würden. Die SPD sei mit dieser Politik des Ministers einverstanden.

Oliver Wittke (CDU) erwidert, daß die Darstellung von Vera Dedanwala nicht zutreffe, da der Minister auf die Bitte der CDU-Fraktion darzulegen, wo die globale Minderausgabe unter Umständen erwirtschaftet werden könnte, schriftlich so geantwortet habe:

"Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß es mir nicht möglich ist, Ihnen die erbetenen konkreten Auskünfte zu geben. Zum einen können grundsätzlich alle Titel des Einzelplans 07 für die Erwirtschaftung einer globalen Minderausgabe herangezogen werden, ausgenommen sind die Personalkosten..."

Es wäre doch vernünftig gewesen aufzuzeigen, daß insbesondere Positionen, die nicht über eine luxuriöse finanzielle Ausstattung verfügten, von der globalen Minderausgabe nicht betroffen sein würden.

Der Abgeordnete verlangt erneut, seine Fragen zu beantworten.

Nachdem der **Minister** darauf hingewiesen hat, daß er alle Fragen beantwortet habe und der Abgeordnete Wittke keine neuen Fragen gestellt habe, erklärt **Oliver Wittke (CDU)**, daß die Landesregierung nach Auffassung der CDU-Fraktion ihrer Auskunftspflicht gegenüber diesem Ausschuß nicht nachgekommen sei. Aus diesem Grunde werde die CDU den Nachtragshaushalt ablehnen.

Vorsitzende Christiane Bainski stellt fest, daß ihr keine Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt vorlägen. Der Ausschuß stimme dem Nachtragshaushalt - Einzelplan 07 - mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zu.

3 Multikulturelles Seniorenzentrum in Duisburg

Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der **Minister** berichtet:

Das multikulturelle Seniorenzentrum ist im Rahmen einer Ersatzbaumaßnahme für das damalige DRK-Altenheim in Duisburg-Baerl entstanden. Das Haus hat insgesamt 96 Plätze, von denen 5 Kurzzeitpflegeplätze sind. Zu den Investitionskosten haben das Ministerium für Bauen und Wohnen, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Landschaftsverband Rheinland und die Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen öffentliche Förderungsbeiträge geleistet. Hinzu kommt eine besondere Förderung aus Mitteln der Stiftung für Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen für Personalkostenfinanzierungen im türkischsprachigen Mitarbeiterbereich sowie für eine wissenschaftliche Begleitung zur Auswertung dieses Vorhabens.